

# Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Nickenich vom 25.02.2021

## Inhaltsverzeichnis

### **1. Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Friedhofszweck
- § 3 Leichenhalle
- § 4 Schließung und Aufhebung

### **2. Ordnungsvorschriften**

- § 5 Öffnungszeiten
- § 6 Verhalten auf dem Friedhof
- § 7 Ausführung gewerblicher Arbeiten

### **3. Allgemeine Bestattungsvorschriften**

- § 8 Allgemeines, Anzeigepflicht, Bestattungszeit
- § 9 Säрге und Urnen
- § 10 Grabherstellung
- § 11 Ruhezeit
- § 12 Umbettungen

### **4. Grabstätten**

- § 13 Allgemeines, Arten der Grabstätten
- § 14 Reihengrabstätten
- § 15 Wahlgrabstätten
- § 16 Urnengrabstätten
- § 16a Anonyme Urnenreihengrabstätten
- § 16b Pflegeleichte Gräber
- § 16c Baumgräber
- § 17 Ehrengabstätten

### **5. Gestaltung der Grabstätten und Grabmale**

- § 18 Allgemeine Gestaltungsvorschriften
- § 18a Besondere Gestaltungsvorschriften
- § 19 Errichten und Ändern von Grabmalen
- § 20 Standsicherheit der Grabmale
- § 21 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale
- § 22 Entfernen von Grabmalen

### **6. Herrichten und Pflege der Grabstätten**

- § 23 Herrichten und Instandhalten der Grabstätten
- § 24 Vernachlässigte Grabstätten

### **7. Leichenhalle**

- § 25 Benutzen der Leichenhalle

### **8. Schlussvorschriften**

- § 26 Besondere Verwaltungsvorschriften
- § 27 Alte Rechte
- § 28 Haftung
- § 29 Ordnungswidrigkeiten
- § 30 Gebühren
- § 31 Inkrafttreten

Der Ortsgemeinderat Nickenich hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994/GVBl. S. 153) sowie der §§ 2 Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 Satz 1 des Bestattungsgesetzes (BestG) vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69) am 25.02.2021 folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

## **1. Allgemeine Vorschriften**

### **§ 1 Geltungsbereich**

Diese Satzung gilt für den im Gebiet der Ortsgemeinde Nickenich gelegenen und von ihr verwalteten Friedhof.

### **§ 2 Friedhofszweck**

- (1) Der Friedhof ist eine nicht rechtsfähige Anstalt (öffentliche Einrichtung) der Ortsgemeinde.
- (2) Er dient der Bestattung derjenigen Personen, die
  - a) bei ihrem Tode Einwohner der Ortsgemeinde waren,
  - b) ein besonderes Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben oder
  - c) ohne Einwohner zu sein, nach § 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 BestG zu bestatten sind.
- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Gemeindeverwaltung im Rahmen einer Sondervereinbarung. Ein Rechtsanspruch auf Zustimmung besteht nicht.

### **§ 3 Leichenhalle**

Alle Verstorbenen, die auf dem gemeindlichen Friedhof beigesetzt werden sollen, sind in die Leichenhalle der Ortsgemeinde zu überführen.

Die Leichen von auswärts Verstorbenen sind ebenfalls unverzüglich in die gemeindliche Leichenhalle einzustellen.

Die Beerdigung der auf dem Friedhof der Ortsgemeinde Nickenich beizusetzenden Verstorbenen hat in jedem Falle von der gemeindlichen Leichenhalle bzw. Friedhofskapelle zu erfolgen.

### **§ 4 Schließung und Aufhebung**

- (1) Der Friedhof oder Teile des Friedhofes können ganz oder teilweise für weitere Bestattungen oder Beisetzungen gesperrt (Schließung) oder anderen Zwecken gewidmet (Aufhebung) – vgl. § 7 BestG – werden.
- (2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen und Beisetzungen ausgeschlossen. Soweit durch die Schließung das Recht auf weitere Bestattungen oder Beisetzungen in Wahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungs- oder Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung verlangen, soweit die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist.
- (3) Durch die Aufhebung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die in Reihengrabstätten Bestatteten werden, falls die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, die in Wahlgrabstätten, falls die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Ortsgemeinde in andere Grabstätten umgebettet.
- (4) Schließung oder Aufhebung werden öffentlich bekannt gemacht. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder über das Einwohnermeldeamt zu ermitteln ist.
- (5) Umbettungstermine werden einen Monat vorher öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig werden sie bei Wahlgrabstätten den Nutzungsberechtigten, bei Reihengrabstätten – soweit möglich – einem Angehörigen des Verstorbenen mitgeteilt.

- (6) Ersatzgrabstätten werden von der Ortsgemeinde auf ihre Kosten entsprechend den Grabstätten auf dem aufgehobenen bzw. geschlossenen Friedhof oder dem Friedhofsteil hergerichtet.  
Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.

## **2. Ordnungsvorschriften**

### **§ 5 Öffnungszeiten**

- (1) Der Friedhof kann jederzeit im Rahmen dieser Satzung betreten werden.
- (2) Die Gemeindeverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten des Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

### **§ 6 Verhalten auf dem Friedhof**

- (1) Die Besucher haben sich auf dem Friedhof ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die von der Gemeindeverwaltung erlassenen besonderen Verwaltungsvorschriften sind zu beachten.  
Die Anordnungen des Friedhofpersonals, denen auf dem Friedhof das Hausrecht zusteht, sind zu befolgen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet,
- a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren; Kinderwagen und Rollstühle sowie Handwagen zur Beförderung von Material zur Grabherrichtung, leichte Fahrzeuge von zugelassenen Gewerbetreibenden und Fahrzeuge der Gemeindeverwaltung sind ausgenommen,
  - b) Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
  - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung, Beisetzung oder Gedenkfeier störende Arbeiten auszuführen.
  - d) Druckschriften zu verteilen,
  - e) den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen,
  - f) das Übersteigen der Einfriedigungen, das Beschädigen oder Beschmutzen der Denksteine, Bänke, Baulichkeiten und der gärtnerischen Anlagen sowie das Ablegen von Abraum außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze,
  - g) das Abreißen oder Mitnehmen von Blumen, Pflanzen, Sträuchern, Erde und sonstigen Gegenständen,
  - h) die Wasserentnahme zu anderen Zwecken als zu Zwecken der Grabpflege.
  - i) Tiere –ausgenommen Blindenhunde- mitzubringen,
  - j) zu spielen, zu lärmern und Musikwiedergabegeräte zu betreiben. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind,
  - k) Gewerbsmäßig zu fotografieren, es sei denn,
    - aa) ein entsprechender Auftrag eines Nutzungsberechtigten liegt vor, oder
    - bb) die Friedhofsverwaltung hat zugestimmt. Für das Verwaltungsverfahren gilt § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend.

Die Gemeindeverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

- (3) Feiern und andere nicht mit einer Bestattung/Beisetzung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Gemeindeverwaltung; sie sind spätestens vier Tage vorher anzumelden.

## **§ 7 Ausführen gewerblicher Arbeiten**

- (1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige mit der Gestaltung und Instandhaltung von Grabstätten befasste Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf dem Friedhof, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeiten festlegt. Auf das Verwaltungsverfahren finden die Bestimmungen über die Genehmigungsfiktion nach § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) mit der Maßgabe Anwendung, dass die Frist nach § 42a Abs. 2 Satz 1 VwVfG vier Wochen beträgt. Das Verfahren kann über einen einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des § 1 Abs. 1 des Landesgesetzes über die einheitlichen Ansprechpartner in Verwaltungsangelegenheiten vom 27.10.2009, GVBl. S. 355 abgewickelt werden.
- (2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechtigungskarte. Diese ist dem Friedhofspersonal vom Gewerbetreibenden oder seinen Mitarbeitern auf Verlangen vorzuzeigen.
- (4) Die Zulassung kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.

## **3. Allgemeine Bestattungsvorschriften**

### **§ 8 Allgemeines, Anzeigenpflicht, Bestattungszeit**

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes, bei der Gemeindeverwaltung anzumelden. Für die Beisetzung von Aschen gilt §16 Abs. 4.
- (2) Wird eine Bestattung oder Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Die Gemeindeverwaltung setzt Ort und Zeit der Bestattung im Benehmen mit den Angehörigen und der zuständigen Religionsgemeinschaft fest.
- (4) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden, andernfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen (Verantwortlichen gem. §9 BestG) in einer Urnenreihengrabstätte beigesetzt.
- (5) In jedem Sarg darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch gestattet eine Mutter/einen Vater mit ihrem/seinem nicht über 5 Jahren alten Kind in einem Sarg zu bestatten. Es können auch Geschwister im Alter bis zu 5 Jahren in einem Sarg bestattet werden.

### **§ 9 Säрге und Urnen**

- (1) Die Säрге müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Sie dürfen nicht schwer verrottbar sein, soweit nichts anderes ausdrücklich vorgeschrieben ist.
- (2) Die Säрге sollen in der Regel höchstens 2,00 m lang, 0,80 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Säрге erforderlich, ist die Zustimmung der Gemeindeverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen. Die Säрге für Kindergräber dürfen höchstens 1,20 m lang, 0,50 m hoch und im Mittelmaß 0,50 m breit sein.
- (3) Urnen, wie Überurnen zur Beisetzung von Urnen müssen so beschaffen sein, dass die physikalische, chemische und biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachteilig verändert wird.

## **§ 10 Grabherstellung**

- (1) Die Gräber werden von dem Friedhofpersonal bzw. dem Beauftragten der Ortsgemeinde ausgehoben und wieder verfüllt.
- (2) Die Tiefe eines Grabes bis zur Oberkante beträgt 2 m für Erwachsene, 1,60 m für Kinder von 5-8 Jahren und 1,30 m für Kinder unter 5 Jahren.  
In allen Fällen muss der Abstand zwischen dem höchsten Punkt des Sarges und der Erdoberfläche 1 m betragen.
- (3) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher auf seine Kosten entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Gemeindeverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten der Gemeindeverwaltung zu erstatten.

## **§ 11 Ruhezeit**

Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre, für Aschen 20 Jahre. Alte Rechte bleiben unberührt. Bei Gräbern von Verstorbenen im Alter bis zu 5 Jahren beträgt die Liegezeit 20 Jahre.

## **§ 12 Umbettungen**

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Gemeindeverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.  
Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte sind innerhalb der Ortsgemeinde nicht zulässig.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung der Gemeindeverwaltung in belegte Grabstätten umgebettet werden.
- (4) Umbettungen erfolgen nur auf Antrag; antragsberechtigt sind bei Umbettungen aus Reihengrabstätten die Verantwortlichen nach § 9 Abs.1 BestG, bei Umbettungen aus Wahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte. Die Ortsgemeinde ist bei dringendem öffentlichen Interesse berechtigt, Umbettungen vorzunehmen.
- (5) Umbettungen werden von gewerblichen Unternehmen durchgeführt, die von der Gemeindeverwaltung nach § 7 zugelassen sind. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
- (7) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch die Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur auf behördliche oder richterliche Anordnung hin ausgegraben werden.

## **4. Grabstätten**

### **§ 13 Allgemeines, Arten der Grabstätten**

- (1) Die Grabstätten werden unterschieden in
  - a) Reihengrabstätten,
  - b) Wahlgrabstätten,
  - c) Urnengrabstätten, als Reihen- und Wahlgrabstätten,
  - d) Anonyme Urnenreihengrabstätten.

- (2) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofeigentümers. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechtes an einer Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

#### **§ 14 Reihengrabstätten**

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten (Einzelgräber) für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden schriftlich zugeteilt werden.
- (2) Es werden eingerichtet:
  - a) Einzelgrabfelder für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr
  - b) Einzelgrabfelder für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr.
- (3) In jeder Reihengrabstätte darf – außer in Fällen des § 8 Abs. 5 – nur eine Leiche bestattet werden.
- (4) Das Abräumen von Einzelgrabfeldern oder Teilen von Ihnen wird nach Ablauf der Ruhezeit in angemessener Frist den Hinterbliebenen mitgeteilt. Ist eine Mitteilung an die Hinterbliebenen nicht möglich, erfolgt die Benachrichtigung durch öffentliche Bekanntmachung oder ein Hinweisschild auf dem Grabfeld.

#### **§ 15 Wahlgrabstätten**

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag nach Zahlung der festgesetzten Gebühr ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Die Lage wird von der Gemeinde bestimmt.
- (2) Es wird ein Gebührenbescheid, der Beginn und Ende des Nutzungsrechtes enthält, ausgestellt. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und Pflege des Grabes.
- (3) Wahlgrabstätten werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten, als Einfach- oder Tiefengräber vergeben.
- (4) Während der Nutzungszeit darf eine weitere Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert worden ist.
- (5) Das Nutzungsrecht kann nur einmal für die gesamte Wahlgrabstätte wieder verliehen werden. Die Wiederverleihung erfolgt auf Antrag nach den in diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen über den Inhalt des Nutzungsrechtes und die zu zahlenden Gebühren.
- (6) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Nutzungsberechtigte für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis einen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge über:
  - a) auf den überlebenden Ehegatten,
  - b) auf die Kinder,
  - c) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter bzw. Mütter,
  - d) auf die Eltern,
  - e) auf die Geschwister,
  - f) auf sonstige Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen wird unter Ausschluss der übrigen Angehörigen der Gruppe die nach Jahren älteste Person nutzungsberechtigt.

- (7) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 6 Satz 2 genannten Personen übertragen. Der Rechtsnachfolger hat bei der Gemeindeverwaltung das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
- (8) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen dieser Satzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte bestattet zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfal-

les über andere Bestimmungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.

- (9) Das Nutzungsrecht an teilbelegten Grabstätten kann erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.
- (10) Bei Rückgabe von unbenutzten Wahlgrabstätten wird an den Nutzungsberechtigten die für die Wahlgrabstätte gezahlte Gebühr unter Berücksichtigung der verbleibenden, auf volle Jahre abgerundeten Nutzungszeit anteilig zurück erstattet.

### **§ 16 Urnengrabstätten**

- ( 1) Aschen dürfen beigesetzt werden
  - a) in Urnenreihengrabstätten,
  - b) in Urnenwahlgrabstätten,
  - c) in Wahlgrabstätten bis zu 3 Aschen in einstelligen und bis zu 6 in mehrstelligen,
  - d) in anonymen Urnenreihengrabstätten.

Es sind lediglich verrottbare Urnen zu verwenden.
- ( 2) Urnenreihengrabstätten sind Aschenstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall auf die Dauer der Ruhezeit zur Beisetzung abgegeben werden.
- ( 3) Urnenwahlgrabstätten sind Aschenstätten, für die auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. In einer Urnenwahlgrabstätte dürfen bis zu vier Urnen beigesetzt werden.
- ( 4) Die Beisetzung ist bei der Gemeindeverwaltung rechtzeitig anzumelden. Der Anmeldung sind eine Ausfertigung der standesamtlichen Sterbeurkunde und die Bescheinigung des Trägers der Feuerbestattungsanlage über die Einäscherung beizufügen.
- ( 5) Soweit sich aus der Satzung nicht etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

### **§ 16a Anonyme Urnenreihengrabstätten**

- ( 1) Anonyme Urnenreihengrabstätten sind Aschenstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall auf die Dauer der Ruhefrist zur Beisetzung abgegeben werden. Eine namentliche Kennzeichnung oder die Errichtung von Einzelgrabmalen ist nicht zulässig.
- ( 2) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der Grabstätten obliegen analog zu § 23 Abs. 4 ausschließlich der Gemeindeverwaltung.
- ( 3) Die Trauerfeier ist bei der Gemeindeverwaltung rechtzeitig anzumelden. Der Anmeldung sind eine Ausfertigung der standesamtlichen Sterbeurkunde und die Bescheinigung des Trägers der Feuerbestattungsanlage über die Einäscherung beizufügen. Die Beisetzung der Urne erfolgt ohne Beisein der Angehörigen oder sonstiger Personen um die Anonymität der Grabstelle zu gewährleisten. Es sind ausschließlich verrottbare Urnen zu verwenden.
- ( 4) Soweit sich aus der Satzung nicht etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgrabstätten entsprechend auch für anonyme Urnenreihengrabstätten.

### **§ 16b Pflegeleichte Gräber**

- ( 1) Pflegeleichte Urnengräber werden an einer ausgewiesenen Stelle auf dem Friedhof mit der Möglichkeit zur Beisetzung von zwei Urnen abgegeben. Bei der Zweitbelegung ist die Grabstelle entsprechend der Nutzungszeit von 20 Jahren zu verlängern.
- ( 2) Pflegeleichte Sarggräber werden an einer ausgewiesenen Stelle auf dem Friedhof mit der Möglichkeit einer Sargbestattung und einer zusätzlichen Urnenbestattung auf die Dauer von 30 Jahren abgegeben.

- ( 3) Auf dem Rasengrabfeld ist eine durchgehende Rasenfläche angelegt, die in der Verantwortung der Friedhofsverwaltung unterhalten wird. Das Aufstellen von Holzkreuzen sowie von Grab-schmuck jeglicher Art ist nur bis zu einer Zeit von 4 Wochen nach der Bestattung zulässig.
- ( 4) Als Grabmal ist eine flache, mit der Erde bündig verlegte Schriftplatte der Größe von 50 cm x 40 cm zulässig, auf der Name, Geburts- u. Sterbedatum sowie Embleme wie Kreuz, Palmen-zweige etc. eingehauen werden dürfen. Die Platte muss fachgerecht verlegt werden und muss begehbar und mit Gartenpflegegeräten befahrbar sein. Die Stärke der Platte muss mindestens 5 cm betragen. Die Kanten sind mit einer Fase von 5 mm zu brechen. Bei Schäden an der Plat-te leistet die Ortsgemeinde keinen Schadensersatz. Dies gilt auch bei evtl. Schäden im Rahmen von gemeindlichen Pflegearbeiten und dem Einsatz von Rasenpflegegeräten und Maschinen.
- ( 5) Es sind ausschließlich verrottbare Urnen zu verwenden. Das Bepflanzen der Grabstätte ist nicht gestattet. Nach Ablauf von 4 Wochen nach der Bestattung ist das Aufstellen von Vasen, Grab-lichtern und sonstiger Schmuck nicht mehr zulässig.

### **§ 16 c Baumgräber**

- ( 1) Baumgräber werden an einer ausgewiesenen Stelle auf dem Friedhof mit der Möglichkeit zur Beisetzung einer Urne abgegeben.
- ( 2) Die Bestattungsplätze werden zusammen mit dem Friedhofsverwalter vor Ort festgelegt. Grundsätzlich sind im Radius von 2 Metern um einen Stamm herum bis zu 12 Grabplätze vorgesehen.
- ( 3) Um den Charakter der sog. Naturbestattung zu garantieren, gelten folgende Gestaltungs-vorschriften:
  - Das Aufstellen von Holzkreuzen ist nicht zulässig.
  - An der Grabstelle darf nur bis zu einer Zeit von 4 Wochen nach der Bestattung Blumen-schmuck hinterlegt werden. Danach ist dieser ausnahmslos zu entfernen.
  - An dem entsprechenden Baum kann eine bei der Ortsgemeinde zu erwerbende, kleine einheitliche Gedenktafel (Größe ca. 10 x 12 cm) angebracht werden. Diese Gedenktafel darf nur mit dem Namen sowie dem Geburts- u. Sterbejahr in einheitlicher Schrift bedruckt werden.
- ( 4) Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, einen Baum für das alleinige Nutzungsrecht (Familienbaumgrab) zu erwerben. Das Familienbaumgrab umfasst im Radius von 2 Metern um seinen Stamm herum bis zu 8 Grabplätze. Sollte der Baum im Laufe des Nutzungs-rechtes zerstört oder aus Sicherheitsgründen gefällt werden müssen, schafft die Orts-gemeinde Ersatz durch Pflanzung eines neuen Baumes.

### **§ 17 Ehrengabstätten**

Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengabstätten obliegt ausschließlich dem Friedhofsträger.

## **5. Gestaltung der Grabstätten und Grabmale**

### **§ 18 Allgemeine Gestaltungsvorschriften**

- ( 1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.



- ( 2) Die Grabstätten sind so herzurichten, dass sie sich in ihre Umgebung einfügen. Grabmale und Grabfelder dürfen durch ihre Gestaltung nicht die Benutzung der Wege- oder andere Grabmale stören. Das Pflanzen von Bäumen ist nicht zulässig.
- ( 3) Die übrigen Regelungen dieser Satzung gelten uneingeschränkt.
- ( 4) Auf Grabstätten für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:
  - a) Reihengrabstätten
    - aa) für Verstorbene bis zu 5 Jahren: max. Höhe inkl. Sockel: 0,80 m
    - ab) für Verstorbene über 5 Jahren: max. Höhe inkl. Sockel: 1,20 m
    - ac) bei liegenden Grabmalen Höhe der Hinterkante 0,15 m
  - b) Wahlgrabstätten:  
Stehende Grabmale
    - ba) Einzelgrab: max. Höhe inkl. Sockel 1,20 m
    - bb) Doppelgrab: max. Höhe inkl. Sockel 1,20 m
    - bc) Tiefengrab: max. Höhe inkl. Sockel 1,20 m
    - bd) bei liegenden Grabmalen Höhe der Hinterkante 0,16 m
  - c) Urnenreihengrabstätten
    - ca) stehende Grabmale: Grundriss 0,35 x 0,35 m, Höhe bis 1,00 m
    - cb) liegende Grabmale: Größe 0,40 x 0,40 m, Höhe der Hinterkante 0,15 m
  - d) Urnenwahlgrabstätten
    - da) stehende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höhe bis 1,00 m
    - db) liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 m x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m
- ( 5) Der Friedhofsträger kann Ausnahmen von den Vorschriften des Abs. 4 zulassen, soweit er es unter Beachtung des Abs. 2 für vertretbar hält.

### **§ 18 a Besondere Gestaltungsvorschriften**

- (1) Besondere Gestaltungsvorschriften gelten für anonyme Urnenreihengrabstätten gem. § 16 a.
- (2) Nach Durchführung der Beisetzung werden die Grabflächen vom Friedhofspersonal bzw. durch beauftragte Dritte mit Rasen eingesät. Grabhügel werden nicht angelegt.
- (3) Eine namentliche Kennzeichnung oder die Errichtung von Grabeinfassungen oder Grabmalen einschließlich Liegeplatten ist nicht zulässig.
- (4) Das Auflegen von Blumen oder sonstigem Grabschmuck einschließlich Grablichtern ist auf der Grabstätte unzulässig.

### **§ 19 Errichten und Ändern von Grabmalen**

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen dürfen nur im Rahmen dieser Satzung vorgenommen werden. Die Gemeindeverwaltung ist vorher zu hören. Der Verantwortliche hat bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten die Grabzuweisung vorzulegen, bei Wahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (2) Den Anträgen sind zweifach beizufügen der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung und der vollständigen Inschrift. In besonderen Fällen kann die Vorlage des Modells im Maßstab 1 :10 oder das Aufstellen einer Attrappe in natürlicher Größe auf der Grabstätte verlangt werden.
- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedarf der Zustimmung der Gemeindeverwaltung.

## **§ 20 Standsicherheit der Grabmale**

Die Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.

## **§ 21 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale**

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten, wer den Antrag auf Zuteilung der Grabstätte (§ 14) gestellt hat, bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.
- (2) Scheint die Standsicherheit eines Grabmales, einer sonstigen baulichen Anlage oder von Teilen davon gefährdet, ist der für die Unterhaltung Verantwortliche (Abs. 1) verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
- (3) Bei Gefahr im Verzuge kann die Gemeindeverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen) treffen; wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer angemessenen Frist beseitigt, ist die Gemeindeverwaltung dazu auf Kosten des Verantwortlichen berechtigt. Sie kann das Grabmal oder Teile davon entfernen.  
Ist der Verantwortliche nicht bekannt, genügt als Aufforderung ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

## **§ 22 Entfernen von Grabmalen**

- (1) Vor Ablauf der Ruhefrist oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale innerhalb einer Frist von drei Monaten zu entfernen. Auf den Ablauf der Ruhezeit bzw. Nutzungszeit wird schriftlich hingewiesen. Kommt der Verpflichtete dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Gemeindeverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Lässt der Verpflichtete das Grabmal nicht binnen drei Monaten abholen, geht es entschädigungslos in das Eigentum der Ortsgemeinde über. Sofern Grabstätten von der Gemeindeverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Verpflichtete die Kosten zu tragen.
- (3) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmäler oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofs zu gelten haben, unterstehen dem besonderen Schutz des Friedhofeigentümers. Sie werden in einem besonderen Verzeichnis geführt und dürfen nicht ohne besondere Einwilligung entfernt oder abgeändert werden.

## **6. Herrichten und Pflege der Grabstätten**

### **§ 23 Herrichten und Instandhalten der Grabstätten**

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen dieser Satzung hergerichtet und dauernd instandgehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und auf die vorgesehenen Sammelstellen zu bringen.
- (2) Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist bei Reihengrabstätten der Inhaber der Grabzuweisung (Verantwortlicher gem. § 9 BestG), bei Wahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte verantwortlich.
- (3) Reihen- und Urnenreihengrabstätten müssen innerhalb von sechs Monaten nach der Bestattung, Wahl- und Urnenwahlgrabstätten innerhalb von sechs Monaten nach der Verleihung des Nutzungsrechtes hergerichtet werden.

- (4) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Gemeindeverwaltung.
- (5) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln ist nicht gestattet.
- (6) Die Bestimmungen des § 23 gelten nicht für anonyme Urnenreihengrabstellen.

## **§ 24 Vernachlässigte Grabstätten**

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder bepflanzt, hat der Verantwortliche auf schriftliche Aufforderung der Gemeindeverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, kann die Gemeindeverwaltung die Grabstätte nach ihrem Ermessen auf seine Kosten herrichten lassen.
- (2) Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt für die Durchführung der Maßnahme nach Abs. 1 eine öffentliche Bekanntmachung oder ein Hinweis auf der Grabstätte.

## **7. Leichenhalle**

### **§ 25 Benutzen der Leichenhalle**

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur mit Erlaubnis der Gemeindeverwaltung betreten werden. Sie kann hierfür bestimmte Zeiten festlegen, wobei in besonderen Fällen (z.B. Unfalltod) Ausnahmen möglich sind.
- (2) Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder der Beisetzung endgültig zu schließen.
- (3) Die Särge der an einer nach seuchenrechtlichen Bestimmungen meldepflichtigen Krankheit Verstorbenen dürfen nur mit Zustimmung des Amtsarztes besichtigt werden. Für das Betreten der Leichenhalle gilt Absatz 1 entsprechend.

## **8. Schlussvorschriften**

### **§ 26 Besondere Verwaltungsvorschriften**

Die Gemeindeverwaltung wird ermächtigt, für das Verhalten auf dem Friedhof insbesondere bei Beisetzungen, besondere Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

### **§ 27 Alte Rechte**

- (1) Bei Grabstätten, die bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits zugeteilt oder erworben sind, richtet sich die Belegung nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Im übrigen gilt diese Satzung.

### **§ 28 Haftung**

Die Ortsgemeinde haftet nicht für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung des Friedhofes sowie seiner Anlagen und Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen.

### **§ 29 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  - a) Friedhof entgegen der Bestimmungen des § 5 betritt,
  - b) sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die

- Anordnungen des Friedhofpersonals nicht befolgt (§ 6 Abs. 1)
- c) gegen die Bestimmungen des § 6 Abs. 2 Satz 1 verstößt,
  - d) eine gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof ohne Zulassung ausübt (§ 7, Abs. 1)
  - e) Umbettungen ohne vorherige Zustimmung vornimmt (§ 12)
  - f) die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale nicht einhält (§18 Abs. 5 u. 6)
- 
- g) als Verfügungsberechtigter, Nutzungsberechtigter oder Gewerbetreibender Grabmale oder sonstige Grabausstattungen entgegen dieser Satzung errichtet oder verändert § 19 Abs. 1 und 3.
  - h) Grabmale ohne Zustimmung der Gemeindeverwaltung entfernt (§ 22 Abs. 1)
  - l) Grabmale und Grabausstattungen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 20, 21 u. 23)
  - j) Verwelkte Blumen oder Grabschmuck entgegen § 23 Abs. 1 nicht ordnungsgemäß entsorgt.
  - k) Grabstätten entgegen § 23 herrichtet oder bepflanzt
  - l) Grabstätten vernachlässigt (§ 24)
  - m) die Leichenhalle entgegen § 25 Abs. 1 oder Abs. 3 betritt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,-- EUR geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung.

### **§ 30 Gebühren**

Für die Benutzung der von der Ortsgemeinde verwalteten Friedhöfe und seiner Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

### **§ 31 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 21.04.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 16.05.2019 außer Kraft.

Nickenich, den 20.04.2021

Ortsgemeinde Nickenich

gez.  
Detlev Leersch  
(Ortsbürgermeister)

**Anlage 1**  
**zur Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Nickenich vom 25.02.2021**

Nachfolgend werden die aktuellen Grabmaße festgelegt.

Die Gräber haben folgende Maße:

**Reihengräber**

Reihengräber für Verstorbene bis zu 5 Jahren	Länge	1,20 m
	Breite	0,60 m
	Abstand	0,30 m

Reihengräber für Verstorbene über 5 Jahre	Länge	2,00 m
	Breite	0,90 m
	Abstand	0,30 m

**Wahlgräber**

einstellig	Länge	2,00 m
	Breite	0,90 m
	Abstand	0,30 m

zweistellig	Länge	2,00 m
	Breite	1,90 m
	Abstand	0,30 m

**Tiefengräber**

einstellig	Länge	2,00 m
	Breite	1,00 m
	Abstand	0,30 m

zweistellig	Länge	2,00 m
	Breite	2,00 m
	Abstand	0,30 m

**Urnengräber**

Urnenreihengrab	Länge	0,50 m
	Breite	0,50 m
	Abstand	0,30 m

Urnenwahlgrab	Länge	1,00 m
	Breite	0,90 m
	Abstand	0,30 m